

Asien und Europa

Von Georg Scheuer, (Paris)

Die geplante diplomatische Anerkennung Pekings als bloßen Bosheitsakt de Gaulles gegen Washington sehen zu wollen, wäre ein gefährlicher Irrtum. Welche Motive auch Pate gestanden sein mögen, mit der französisch-chinesischen Annäherung ist in der Weltpolitik, vor allem in den Beziehungen zwischen Asien und Europa, ein neues Blatt aufgeschlagen. Die Kettenreaktion wird nicht auf sich warten lassen. In Afrika hat sie schon eingesetzt, Lateinamerika ist in Bewegung geraten, Südostasien befindet sich im Umbruch. Die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen rückt wieder auf die Tagesordnung, und diesmal hat Peking ernsthafte Chancen.

Das kommunistische China wird von einer Reihe europäischer Länder schon seit einiger Zeit anerkannt, so von Großbritannien, von den skandinavischen Ländern und von der Schweiz. Gewiß nicht aus ideologischer Sympathie, sondern aus Realismus. Frankreich vollzieht den gleichen Schritt erst jetzt, weil es vorher seine eigenen Kolonialprobleme lösen mußte. Mit Beendigung des Algerienkrieges begannen für Frankreich die Möglichkeiten einer neuen Außenpolitik.

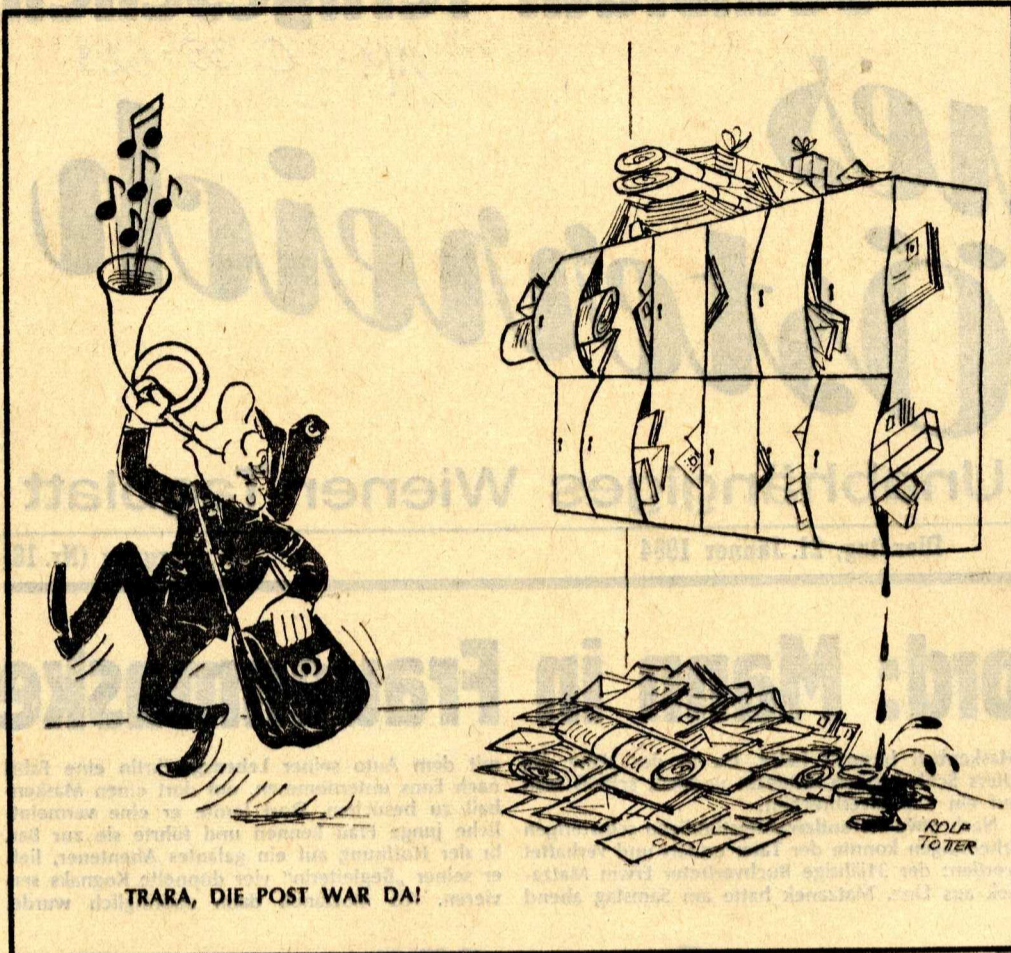
Seit ungefähr einem Jahr stellte man sich in Paris die Frage: Warum Beziehungen nur mit der Sowjetunion und ihren Satelliten, zugleich aber Boykott Kontinental-Chinas, des größten Staates der Welt? Man sieht nicht ein, warum ausgerechnet 600 Millionen Chinesen aus der internationalen Gemeinschaft der Vereinten Nationen ausgeschlossen sein sollen. Ist Kommunismus nur in Peking gefährlich, nicht aber in Moskau und in den europäischen Ostblockländern? Man will China nicht durch die Brille Chruschtschows sehen – daher die häufigen Reisen französischer Politiker und Wissenschaftler in das Reich der Mitte.

Zweifelloso gibt es in Peking wie auch in Moskau gemäßigte und radikale Tendenzen. Tschu En Lai erklärt sich jetzt genauso wie Chruschtschow für die Koexistenz und praktiziert sie durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Afrika und Westeuropa. Ob die chinesischen Beteuerungen mehr oder weniger ernst zu nehmen sind als die sowjetischen – sagt man sich in Paris –, wird die Praxis zeigen. Jedenfalls hofft man, daß der chinesische Kommunismus ebenso wie der russische eher an Schärfe verlieren wird, wenn er mit dem Westen Kontakt bekommt. Bleibt Formosa: De Gaulle will die Beziehungen mit Tschiang Kai Schek fortsetzen, und Peking hat sich damit abgefunden. Das war eine der Vorbedingungen für die diplomatische Anerkennung.

Ein Präzedenzfall für Ostdeutschland ist damit keineswegs gegeben. Jedermann weiß, daß die Deutschen in ihrer großen Mehrheit gegen den Kommunismus sind und daß Ulbricht eine Marionette der Sowjetunion ist. Dies wurde im übrigen auch von Mao Tse Tung schon mehrmals bescheinigt. In China liegen die Dinge umgekehrt. Mao Tse Tung ist das Ergebnis einer nationalen Revolution, die sich trotz und gegen Moskau durchgesetzt hat.

Seit Washington mit Moskau besondere Gespräche führt und Abkommen schließt, sieht man in Paris immer weniger ein, warum Westeuropa zur Wahrung seiner eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen nicht gleichfalls geeignete Schritte unternehmen soll. Man glaubt sogar, daß angesichts des Konflikts zwischen Chruschtschow und Mao Tse Tung eine gute Verbindung zwischen Westeuropa und China nicht unberechtigt wäre, um gegebenenfalls von den Sowjets entsprechende Zugeständnisse zu erreichen. Die Gefahr, von zwei Seiten – im Westen und im Osten – bedrängt zu sein, könnte in Moskau unter Umständen überzeugender wirken als diplomatische Versicherungen aller Art. Die Idee mag ungewöhnlich sein und überraschend, sie liegt aber in der Luft.

Soweit die grundsätzlichen Überlegungen der Franzosen. Gewiß sind der Zeitpunkt und die Form der französisch-chinesischen Verständigung geeignet, Präsident Johnson gerade im Wahljahr beträchtlich in Verlegenheit zu bringen. Ursprünglich wollte General de Gaulle die Anerkennung Chinas nicht überstürzen und die amerikanischen Interessen weitgehend berücksichtigen – vorausgesetzt, daß Washington in anderen Punkten Entgegenkommen zeigt. Letzteres ist nicht geschehen. Die französisch-amerikanischen Differenzen haben sich verschärft und fanden zuletzt in der Absage des Treffens Johnson-de Gaulle ihren Niederschlag. Der General lehnte es ab, nach Washington zu kommen, und wäre bereit gewesen, den Präsidenten anlässlich seiner bevorstehenden Reise nach Mexiko auf der französischen Insel Martinique zu empfangen. In Washington hat man diesen Versuchsballon unbeachtet gelassen, so daß eine Verständigung zwischen beiden Präsidenten jetzt für lange Zeit ausgeschlossen erscheint. Damit waren im Elvée die Würfel gefallen.



Frankreich geht von nun ab noch ungehemmter als zuvor eigene Wege, insbesondere in Asien und Südamerika. Als wesentlicher Grund für diese Entwicklung sieht man in Paris die fortschreitende Zerbröckelung der bisherigen Blöcke. Die fünfziger Jahre standen im Zeichen des Kalten Krieges mit der Perspektive einer entscheidenden Auseinandersetzung zwischen dem von Washington geführten Westen und dem von Moskau beherrschten

Ostblock. Seit der fortschreitenden Verständigung Moskau-Washington hat nach französischer Auffassung die starre Form der Blockbildung ihre Berechtigung verloren.

So begegnen einander Frankreich und China, von entgegengesetzten Polen kommend, auf gleichem Wege im Zeichen einer Blockverdrossenheit, die sich auf Afrika und den großen Teil Asiens und Lateinamerikas ausdehnt.

Französische Delegation nach Peking entsandt

Staatspräsident de Gaulle übernimmt in aller Form direkte Kontrolle über Atomstreitmacht

Paris, 20. Jänner

Ungeachtet der in Amerika lautgewordenen Kritik gegen die Absicht des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, die Volksrepublik China diplomatisch anzuerkennen, hat Frankreich am Wochenende den ersten Schritt zur Verwirklichung seiner weitreichenden Asienpläne getan. Eine sechsköpfige Delegation von Abgeordneten der Nationalversammlung unter Leitung von François Benard flog Samstag von Paris nach Peking ab. In China wird die Parlamentariergruppe bis zum 3. Februar bleiben. Dann soll die Reise nach Nordvietnam und Kambodscha weitergehen.

Die Gruppe ist von der parlamentarischen Vereinigung für französisch-asiatische Fragen ausgewählt worden. Diese Vereinigung hat die Aussicht auf eine französische Anerkennung der Volks-

republik China ausdrücklich begrüßt. Ziel des Besuchs der Delegation in Peking ist nach Erklärungen François Benards die Erkundung der Möglichkeiten zur Ausweitung der Handels- und kulturellen Beziehungen mit dem kommunistischen China. Die Gruppe reist mit voller Billigung der Regierung.

Die französische Zeitung „Le Monde“ meldete, Frankreich werde seine Anerkennung der Volksrepublik China bereits am 27. oder 28. Jänner verkünden, wenige Tage vor der mit Spannung erwarteten Pressekonferenz Staatspräsident de Gaulles. Die einflussreiche Zeitung fügte hinzu, daß der chinesische Ministerpräsident Tschu En Lai möglicherweise nach Frankreich eingeladen werde. Tschu En Lai bereist gegenwärtig Afrika.

Im französischen Amtsblatt wurde Montag ein Erlaß veröffentlicht, durch den Präsident de Gaulle offiziell die direkte Kontrolle über die französische Atomstreitmacht erhält. Frankreich erzeugt seit verganginem Jahr Atombomben und Überschall-Kampfflugzeuge der Type Mirage 4. Die Atomstreitmacht dürfte im Laufe dieses Jahres voll einsatzfähig werden. Gleichzeitig wird an dem Bau eines Testzentrums für Wasserstoffbomben im Pazifik gearbeitet.

Abrüstungskonferenz mit neuen Vorschlägen

Neben dem Hauptziel der vollständigen Abrüstung sucht man eine Einigung in Teilgebieten

Genf, 20. Jänner

Die beiden Präsidenten der Genfer Abrüstungskonferenz, William C. Foster aus den USA und Semjon Tsarapkin aus der Sowjetunion, trafen Freitag und Samstag wieder in Genf ein, wo ab Dienstag erneut Abrüstungsverhandlungen geführt werden. Montag hatten sie in den Räumen der sowjetischen Delegation eine erste Aussprache.

Die Konferenz war am 29. August 1963 nach der Unterzeichnung des partiellen Atomteststoppvertrages in Moskau verlagert worden. Obwohl die ersten Gespräche über den Vertrag in Genf begannen hatten, fanden die tatsächlichen Verhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion außerhalb des Rahmens der Genfer 17-Mächte-Konferenz statt.

Sowohl der Westen als auch der Osten wollen in Genf nun neue Vorschläge einbringen. Die Vorschläge der USA wurden Samstag von Foster angekündigt. Gleichzeitig verlautete aus Warschau, daß Polen in Kürze eine modifizierte Version des Rapacki-Planes vorlegen werde. Dieser im Jahre 1957 vom polnischen Außenminister Rapacki vorgelegte Plan sah ursprünglich die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vor, die die Bundesrepublik Deutschland, die deutsche Ostzone, Polen und die Tschechoslowakei umfassen sollte. Wie in Warschau bekannt wurde, will Polen jetzt ein „Einfrieren“ der Atomrüstung in diesen vier Ländern, verbunden mit einer internationalen Inspektion, vorschlagen. In westlichen diplomatischen Kreisen wurden die ersten Nachrichten über die neuen polnischen Vorschläge mit Skepsis aufgenommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Plan offensichtlich darauf abziele, eine Beteiligung der Bundesrepublik an der in Aussicht genommenen multilateralen Atomstreitmacht der NATO zu verhindern.

Über die westlichen Pläne verlautet aus unterrichteten Kreisen, daß man als den nächsten logischen Schritt nach dem Moskauer Vertrag ein Über-

kommen über ein Verbot, Kernwaffen weiter zu verbreiten, ansieht. Ferner will man eingehend die Frage von Beobachtungsposten erörtern, um die Gefahren eines Überraschungsangriffes zu vermindern. Westliche Kreise vertreten die Ansicht, daß zwar das allgemeine Ziel eine generelle und vollständige Abrüstung sei, daß derartige Verhandlungen jedoch noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werden. Daher werde man die Suche nach Nebenabkommen fortsetzen, um das internationale Vertrauen zu stärken und die Gefahren eines Krieges zu verringern.

Einige Enttäuschung löste der Umstand aus, daß die Sowjetunion Botschafter Tsarapkin zum Delegationschef bestimmte und darauf verzichtete, einen Beauftragten höheren Ranges nach Genf zu entsenden. Der britische Außenminister Butler hatte vor einiger Zeit erklärt, er würde der Eröffnung der Genfer Konferenz beiwohnen, falls die Sowjetregierung Außenminister Gromyko entsende.

Indonesische Arbeiter übernahmen Unilever

Djakarta, 20. Jänner

Arbeiter übernahmen Montag früh die Kontrolle über den Sitz der großen britisch-holländischen Firma Unilever in Djakarta. Die Gewerkschaftsführer besetzten die Fabrik, ließen die Tore schließen und forderten den geschäftsführenden britischen Direktor, B. W. Schwartz, auf, dem Betrieb fernzubleiben. Auch am Sitz der Shell-Gesellschaft scheint eine analoge Maßnahme im Zuge zu sein. Der geschäftsführende Präsident Indonesiens für die Zeit der Abwesenheit Sukarnos, Dr. Johannes Leimena, appellierte noch Montag an die Gewerkschaften, sich an die Weisungen der Regierung zu halten und sich nicht in den Betrieb der britischen Firmen einzumengen.

Agyptischer Luftwaffen-Hauptmann floh nach Israel

Der ägyptische Luftwaffenhauptmann Mahmoud Hilmi ist Sonntag mit einem ägyptischen Schulflugzeug von Ägypten nach Israel geflohen. Er bat die israelischen Behörden um politisches Asyl. Wie ein Sprecher der israelischen Armee mitteilte, wurde Hilmi, der in einer in der Sowjetunion gebauten „Jak-11“ floh, von zwei ägyptischen Düsenjägern vom Typ „Mig“ bis zum Gaza-Streifen verfolgt. Ein amtlicher ägyptischer Sprecher erklärte später in Kairo, seit Samstag werde ein ägyptisches Schulflugzeug vermißt, das von einem Flugplatz auf der Halbinsel Sinai gestartet sei. Eine Suchaktion nach dem Flugzeug sei erfolglos geblieben.

Der 26jährige Luftwaffenhauptmann war als Fluglehrer an der Luftwaffenschule Bilbeis im Nil-Delta tätig. In Tel Aviv sagte Hilmi, er sei aus politischen Gründen geflohen und habe seine Flucht schon mehrmals geplant. Montag wurde er vom Generalstabschef der israelischen Armee, General Itzhak Rabin, empfangen.

US-Wirtschaft hat Rekordniveau erreicht

In seiner jährlichen Wirtschaftsbotschaft an den Kongreß erklärte Präsident Johnson Montag, daß die Wirtschaft der Vereinigten Staaten auf ein Rekordniveau angestiegen sei, es aber zugleich vier Millionen Arbeitslose gäbe und darüber hinaus ein Fünftel der Bevölkerung den hohen Lebensstandard der Amerikaner missen müsse. Johnson rief zur Verwirklichung der Gesetzgebung über die Steuerkürzung auf und stellte fest, daß die volle Wirtschaftskapazität der USA noch lange nicht ausgenutzt werde. Johnson warnte vor einer drohenden Rezession und verlangte Wirtschaftsmaßnahmen zur Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits. Der Präsident erklärte, daß das Bruttonationaleinkommen im letzten Quartal 1963 auf die Rekordjahresrate von 600 Milliarden Dollar angestiegen sei und 1964 auf 623 Milliarden anwachsen könne.

An der Mauer angeschossen

An der Berliner Mauer in der Nähe des Brandenburger Tors kam es Sonntag zum ernstesten Zwischenfall seit den Weihnachtsfeiertagen. Dem 17jährigen Ostdeutschen Lothar B. war es, etwa 100 Meter von dem Berliner Wahrzeichen entfernt, gelungen, die Mauer zu erklimmen, doch war er oben im Drahtverhauf hängengeblieben. Ost-Berliner Grenzschutze eröffneten das Feuer, worauf West-Berliner Polizisten intervenierten. Sie forderten die Vopos auf, das Feuer sofort einzustellen, andernfalls würde scharf zurückgeschossen werden. Eine Kugel hatte den jungen Mann in die Ferse getroffen. Er konnte dennoch von der Mauer herab auf West-Berliner Gebiet springen und wurde sofort in das Spital in Moabit eingeliefert. Ärzte erklärten, daß Lothar B. schon in wenigen Tagen entlassen werden könne.

Afrikanische Studenten verlassen Moskau

Etwa zehn afrikanische Studenten haben vor kurzem das Studium an der Moskauer „Patrice-Lumumba-Freundschaftsuniversität“ abgebrochen, verlaute aus diplomatischen und akademischen Kreisen in Moskau. Ein Student, der, wie er mitteilte, ebenfalls sein Studium aufzugeben beabsichtigte, sagte: „Es gibt noch einige, die exmatrikuliert werden, falls sie nicht von selbst gehen.“ Die Studenten zeigten sich vor allem über die sowjetische Reaktion auf die Demonstrationen vom 18. Dezember ungehalten, als Hunderte afrikanischer Studenten die Polizeisperren durchbrachen und auf dem Roten Platz demonstrierten. Sie verlangten eine volle Aufklärung der Umstände, die zum Tod eines ghanesischen Studenten geführt hatten, der Gerüchten zufolge ermordet worden sein soll. Die sowjetischen Behörden erklärten, er sei in betrunkenem Zustand auf der Straße erforen.

An der Lumumba-Universität studieren derzeit rund 600 Afrikaner. Westliche Diplomaten berichteten vor kurzem über Anfragen afrikanischer Studenten, ob es für sie möglich wäre, das Studium an westlichen Universitäten fortzusetzen.

Fortsetzung von Seite 1:

Militärrevolte in Tanganjika

der mehrere Regierungsmitglieder von den Aufständischen gefangengehalten werden.

Die Meuterei begann um zwei Uhr früh beim ersten Bataillon der Tanganjika-Schützen in der Colitokaserne, etwa zehn Kilometer außerhalb von Dar-es-Salam. Die Meuterer setzten zuerst ihre Offiziere und deren Angehörige fest und fuhren dann mit Jeeps und Lastwagen in die Stadt. Sie besetzten den Flughafen und den Hafen, errichteten Sperren an Straßenkreuzungen und bezogen Maschinengewehrstellungen.

Eine Abordnung der Meuterer zog zum Haus des Außen- und Verteidigungsministers Kam-bona, zerrte ihn aus dem Bett und brachte ihn zur Kaserne. Dort deuteten die Meuterer auf ihre Offiziere und forderten den Minister auf, sie auf der Stelle zu entlassen. Die Soldaten beklagten sich ferner darüber, daß sie zu langsam befördert würden und daß die weißen Offiziere zu streng seien.

Der britische Kommandeur der Tanganjika-Schützen, Brigadier Douglas, war den Meuterern zunächst entgangen. Er versammelte einige Offiziere und unternahm einen Vorstoß, um die Geiseln zu befreien. Dabei wurden auch diese Offiziere festgenommen. Douglas gelang es zu entkommen.

Der britische Hochkommissar Miles wurde von Soldaten daran gehindert, das Präsidentenpalais zu betreten. Miles fuhr darauf zum Haus des Innenministers Lusinde. Er war kaum dort angekommen, als meuternde Soldaten in das Haus eindringen und beide festnahmen. Miles wurde kurz darauf freigelassen. Über den Verbleib Lusindes ist nichts bekannt.